

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 04.11.2015,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Elke Vollmer
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Egbert Jackenkroll
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Djüre Meinen
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Dr. Marko Alexander Seelig
	Jörg Weden
	Dorothea Weikert
von der Verwaltung:	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Meike Knop
	Jörg Kreikenbohm
	Jens Neumann
	Gerriet Ostendorf
	Ralf Splettstößer
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 23.09.2015
Vorlage: 265/2015**
- 3 **Feststellung der Tagesordnung**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Hinzugewähltes Mitglied im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport (§ 71 Abs. 7 NKomVG)
Vorlage: 267/2015**
- 6 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 6.1 **Verwaltungsausschuss vom 30.07.2015**
 - 6.1.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 21.07.2015**
 - 6.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 203 - "Hullenweg/Heidebergstraße" in Obenstrohe - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 176/2015
 - 6.2 **Verwaltungsausschuss vom 07.10.2015 (zur Kenntnisnahme)**
 - 6.3 **Verwaltungsausschuss vom 29.10.2015**
 - 6.3.1 **Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 12.10.2015**
 - 6.3.1.1 Widmung von Straßen; hier Im Tulpengrund
Vorlage: 215/2015
 - 6.3.2 **Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 19.10.2015**
 - 6.3.2.1 Fremdenverkehrsbeitrag - Beitragsberechnung und Berechnung des fremdenverkehrsbeitragsfähigen Aufwands für die Jahre 2013 bis 2015 sowie 2. Änderung der Fremdenverkehrsbeitragssatzung
Vorlage: 251/2015
 - 6.3.2.2 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2014; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes
Vorlage: 245/2015
 - 6.3.3 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.10.2015**
 - 6.3.3.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 214 (Erweiterung Friesenhörn-Nordsee-Klinik) - Durchführungsvertrag - Beschluss
Vorlage: 200/2015
 - 6.3.3.2 Bebauungsplan Nr. 214 (Erweiterung Friesenhörn-Nordsee-Klinik) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 199/2015

6.3.4 Anträge an den Rat der Stadt Varel

- 6.3.4.1 Wahl der Schiedsperson und des Stellvertreters der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Varel
Vorlage: 260/2015
 - 6.3.4.2 Unterstützung der Hospizbewegung hier: Einrichtung eines stationären Hospizes
Vorlage: 268/2015
 - 6.3.4.3 Antrag zur Aufnahme in das Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur
hier: Hallenbad der Stadt Varel
Vorlage: 257/2015
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsherren Kühne, Mahouachi und von Polenz entschuldigt fehlen.

2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 23.09.2015 Vorlage: 265/2015

Auf Antrag eines Einwohners wird das Protokoll über die Sitzung des Rates vom 23.09.2015, TOP 4 - Einwohnerfragestunde einvernehmlich ergänzt. Letzter Absatz Seite 4 erhält folgende Fassung:

Ein Einwohner fragt, warum die Stadt beim Verkauf der Kuranlage und des Kurparks auf die Generierung von beträchtlichen Mehrerlösen verzichtet, indem sie nicht selbst die Ausnahmegenehmigung zum Bauen in der Deichschutzzone beantragt hat. Bürgermeister Wagner weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass der politische Willensbildungsprozess es nicht vorgesehen hat. Es war Ziel, das Grundstück zu einem adäquaten Preis an einen Investor mit einem entsprechenden Konzept zu verkaufen.

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 23.09.2015 wird in der ergänzten Form einstimmig genehmigt.

3 **Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

4 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin regt an, Namensschilder für die Ratsmitglieder aufzustellen.

Die Frage eines Einwohners, ob mit einem Durchführungsvertrag ein Bebauungsplan geändert werden kann, verneint der Bürgermeister. Der Einwohner bezieht sich auf § 8 des Durchführungsvertrages, der seines Erachtens den Bebauungsplan 61 B in Bezug auf Regelungen über die Zu- und Abfahrt ändert. Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Änderung der Zu- und Abfahrt bereits durch Änderung des Bebauungsplanes 61 B erfolgt ist. Diese Änderungssatzung kann im Fachbereich Planung & Bau eingesehen werden.

5 **Hinzugewähltes Mitglied im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport (§ 71 Abs. 7 NKomVG) Vorlage: 267/2015**

Seit dem 27.09.2012 ist Herr Lothar Macht auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Vareler Turn- und Sportvereine hinzugewähltes Mitglied gem. § 71 Abs. 7 NKomVG im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vareler Turn- und Sportvereine (AVG) hat im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung am 29.09.2015 beschlossen, dass Herr Lüder Gutsche, wohnhaft Torfbogen 18 in 26316 Varel Herrn Lothar Macht als hinzugewähltes Mitglied im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport ablösen soll. Mit anliegendem Schreiben vom 21.10.2015 schlagen sie diesen Wechsel dem Rat der Stadt Varel vor.

Beschluss:

Herr Lothar Macht wird als hinzugewähltes Mitglied im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport mit sofortiger Wirkung abberufen.

Herr Lüder Gutsche wird mit sofortiger Wirkung als hinzugewähltes Mitglied im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport berufen.

Einstimmiger Beschluss

6 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**

6.1 Verwaltungsausschuss vom 30.07.2015**6.1.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 21.07.2015****6.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 203 - "Hullenweg/Heidebergstraße" in Obenstrohe - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 176/2015****Beschluss:**

Die Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 203 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss**6.2 Verwaltungsausschuss vom 07.10.2015 (zur Kenntnisnahme)****6.3 Verwaltungsausschuss vom 29.10.2015****6.3.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 12.10.2015****6.3.1.1 Widmung von Straßen; hier Im Tulpengrund
Vorlage: 215/2015****Beschluss:**

Nach § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 372), wird nachstehend aufgeführte Verkehrsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

Im Tulpengrund (A 327)

Länge der Straße: ca. 741 m

Die öffentliche Verkehrsanlage umfasst die Flurstücke 14/12, 13/5, 10/35 und 8/13 der Flur 13, Gemarkung Varel-Land.

Anfangspunkt: an der Gemeindestraße Flachsweg zwischen den Flurstücken 14/11 und 14/19 der Flur 13, Gemarkung Varel-Land

- Endpunkte:
- a) Sackgasse vor den Flurstücken 10/3 und 10/4 der Flur 13, Gemarkung Varel-Land
 - b) Sackgasse vor den Flurstücken 10/5 und 10/6 der Flur 13, Gemarkung Varel-Land
 - c) Sackgasse vor den Flurstücken 10/7 und 10/8 der Flur 13, Gemarkung Varel-Land
 - d) Sackgasse vor den Flurstücken 8/23 und 8/5 sowie 8/18 und 8/16 der Flur 13, Gemarkung Varel-Land

Die Nummer im Straßenbestandsverzeichnis lautet: A 327.

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Varel.

Einstimmiger Beschluss

6.3.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 19.10.2015

6.3.2.1 Fremdenverkehrsbeitrag - Beitragsberechnung und Berechnung des fremdenverkehrsbeitragsfähigen Aufwands für die Jahre 2013 bis 2015 sowie 2. Änderung der Fremdenverkehrsbeitragssatzung Vorlage: 251/2015

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL wird sich gegen den Beschluss aussprechen, da sie grundsätzlich die Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrages ablehnen. Im Verhältnis zum Ertrag ist der bürokratische Aufwand aus Sicht des Ratsherrn Funke zu hoch.

Beschluss:

1. Die Satzung zur. 2. Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Fremdenverkehrsbeitrages wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 19.10.2015 anliegenden Fassung beschlossen.
2. Die Ermittlung des fremdenverkehrsbeitragsfähigen Aufwands für die Jahre 2013 – 2015 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 19.10.2015 anliegenden Fassung beschlossen.
3. Die Beitragsberechnung für die Jahre 2013 – 2015 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 19.10.2015 anliegenden Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 23 Nein: 5 Enthaltungen: 2

**6.3.2.2 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendam der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2014; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes
Vorlage: 245/2015**

Ratsherr Meinen spricht sich gegen den Beschluss aus, um insgesamt seinen Zweifel an der Gesamtstruktur des Altenheimes zu signalisieren, dabei soll es keine Kritik an der Führung des Altenheims sein. Im Altenheim besteht dringender Handlungsbedarf.

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendam der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2014 wird beschlossen. Dem Vorstand wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der ausgewiesene Jahresverlust per 31.12.2014 in Höhe von 204.351,70 EUR ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 27 Nein: 2 Enthaltungen: 1

6.3.3 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.10.2015

**6.3.3.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 214 (Erweiterung Friesenhörn-Nordsee-Klinik) - Durchführungsvertrag - Beschluss
Vorlage: 200/2015**

Die Beratung zu den Tagesordnungspunkten 6.3.3.1 und 6.3.3.2 erfolgt zusammen.

Ratsherr Funke bedauert, dass heute voraussichtlich der Beschluss über den Bebauungsplan gefasst wird. Er verweist auf seine bereits im Fachausschuss dargelegten Bedenken. Insbesondere weist er auf den aus seiner Sicht zu niedrigen Kaufpreis hin. Der Kaufpreis von 120 €/m² wurde unter dem Gesichtspunkt, dass das Grundstück ausschließlich der Erweiterung der Mutter-Kind-Kurklinik dient, vereinbart. Nunmehr soll aber durch den Durchführungsvertrag die Nachnutzung als Ferienwohnungen und Dauerwohnungen zugelassen werden. Damit ist ein Preis von 120 €/m² nicht mehr gerechtfertigt. Der Preis für vergleichbare Flächen liegt bei ca. 210 €/m². Bislang stehen die Antworten auf die Frage, wie der Preis konkret ermittelt wurde, und die Prüfung seines Antrages auf Überprüfung des Grundstückskaufpreises noch aus. Das Thema soll in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast behandelt werden. Wenn heute aber schon der Beschluss über den Bebauungsplan und den Durchführungsvertrag geschlossen wird, vergibt sich die Stadt jegliche Verhandlungsposition. Die Gründe für die Aufnahme der Regelung, dass Dauerwohnen und Ferienwohnungen nachträglich zugelassen werden, liegen nach Auskunft des Investors in der Forderung der Bank zur Risikoabsicherung. Damit geht das Risiko zu Lasten der Stadt Varel, das kann aus Sicht des Ratsherrn Funke nicht sein.

Im Rahmen der Abwägung sind zahlreiche private Einwände eingegangen. Es entstand das Empfinden, dass diese Einwände nicht ausreichend gewürdigt und geprüft wurden. Auch wenn die Abwägung in vielen Fällen nicht juristisch relevant ist, kann aus Sicht des Ratsherrn Funke so nicht mit den Bürgern umgegangen werden. Zum Beispiel der Einwand, dass der Kurpark verloren geht, wurde mit der pauschalen Antwort abgewogen, dass ein See-Kurpark geplant ist, ohne dass konkrete Planungen vorliegen.

Ein weiteres Problem sieht Ratsherr Funke in der Erschließung der Fläche, die für Ferienwohnungen und Dauerwohnen vorgesehen ist. Eine Vermischung des Verkehrs mit der Mutter-Kind-Kurklinik wird in der Abwägung verneint. Wenn der Verkehr über andere Straßen geführt wird, sind aber auch Personen und damit auch Kinder betroffen. Ratsherr Funke hält diese Abwägung für zu einseitig. Er bedauert, dass zu diesem Thema nicht mit dem anderen Investor über eine mögliche Erschließung gesprochen wurde. Insgesamt hat Ratsherr Funke bei der Abwägung Zweifel an der Objektivität.

Insgesamt schließt sich stellv. Bürgermeister Chmielewski den Äußerungen des Ratsherrn Funke an. Aus seiner Sicht hätte der Bebauungsplan für die gesamte Fläche in eins erstellt werden müssen und nicht scheinbarweise, da viele Einwände die gesamte Fläche betreffen. Stellv. Bürgermeister Chmielewski bemängelt die fehlende Planung der Verkehrsführung in Dangast. Es wurde nicht ausreichend gewürdigt, dass bei zunehmendem Verkehr gleichzeitig Parkplätze verloren gehen. Außerdem zerstört die Planung von 3-geschossigen Gebäuden den dörflichen Charakter des Ortsbildes.

Mit dem Verkauf des Grundstückes sollte der Mutter-Kind-Kurklinik die Möglichkeit auf Erweiterung gegeben werden. Nun ist im Durchführungsvertrag eine Nachnutzung für Dauerwohnen und Ferienwohnungen enthalten. Dieses war nicht Zielsetzung des Kaufvertrages und auch nicht Grundlage des Kaufpreises. Das Wertgutachten hat bei der Ermittlung des Kaufpreises für die Gesamtfläche wertmindernde Faktoren, wie z. B. den Rückbau der Kuranlage und den Höhenunterschied in der Sandkuhle, berücksichtigt. Diese wertmindernden Faktoren treffen aber für das Grundstück, das AMJ gekauft hat, nicht zu und können daher auch für dieses Grundstück nicht zur Wertminderung führen. Durch die nachträgliche Genehmigung, eine Nachnutzung mit Dauerwohnen und Ferienwohnungen zuzulassen, erhöht sich zudem der Grundstückswert. Hier sollte mit dem Investor, bevor der heutige Beschluss gefasst wird, nachverhandelt werden. Die Stadt kann es sich nicht leisten, auf Einnahmen zu verzichten. Es besteht aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, durch ein neues Wertgutachten den neuen Wert zu ermitteln und mit dem Investor nachzuverhandeln. Ziel müsste eine Erhöhung des Kaufpreises oder eine vertraglich geregelte Wertabschöpfung im Falle der Nachnutzung durch Ferienwohnungen und Dauerwohnen sein.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski stellt daher den Geschäftsordnungsantrag, heute nicht über die Tagesordnungspunkte 6.3.3.1 und 6.3.3.2 zu beschließen.

Ratsherr Eilers befürwortet die Gesamtmaßnahme und sieht darin eine echte Perspektive für Dangast. Ausgangslage war der hohe Zuschussbedarf für den Eigenbetrieb, eine schlechte Deichsicherung für das Quellbad und die sanierungsbedürftigen Gebäude in Deichhörn. Als Alternative zum Neubau des Weltnaturerbeportals und dem Verkauf des Grundstückes kam damals eine Sanierung von Deichhörn in Frage. Dieses hätte aber nicht wirklich eine Perspektive gebracht. Nun ist das Quellbad durch den höheren Deich sicherer, das von vielen positiv wahrgenommene Weltnaturerbeportal ist errichtet und es wurde durch die neue Promenade eine attraktive erste Linie geschaffen.

Zur Kritik über die Kaufpreisermittlung verweist Ratsherr Eilers auf das Wertgut-

achten. Ausgangswert für das Gesamtgrundstück war ein Preis von 200 €/m². Dieser wurde aufgrund der Belastungen auf 80 €/m² reduziert. AMJ zahlte für das Grundstück einen Preis von 120 €/m² und damit 40 €/m² mehr, als das Wertgutachten vorsah. Das Wertgutachten ging davon aus, dass auf dem gesamten Grundstück Ferienwohnungen entstehen. Betrachtet man die gesamte Fläche, ist der Stadt kein Verlust und damit kein direkter Schaden entstanden. Die Option der Nachnutzung ist kein Abweichen von der ursprünglichen Planung. Grundsätzlich ist weiterhin eine Erweiterung der Mutter-Kind-Kurklinik geplant. Hier wurde nur auf die Bedürfnisse des Investors reagiert. Insgesamt hat die Mehrheitsfraktion in Dangast immer auf Wachstum gesetzt, davon haben alle Ferienwohnungs-Inhaber profitiert. Ratsherr Eilers sieht in der Bevölkerung vielfach eine positive Resonanz über die Entwicklung in Dangast.

Aus Sicht des stellv. Bürgermeister Chmielewski stellt die Deicherhöhung nur eine kleine Verbesserung für das Quellbad dar, es reicht nicht für einen versicherungsfähigen Objektschutz. Er verwehrt sich gegen den Vorwurf, die Vorschläge der MMW wären perspektivlos gewesen, in Sachen Deichbau wurde z. B. ihr Plan verwirklicht.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski fragt, wie der politische Wille, vorrangig die Erweiterung der Mutter-Kind-Kurklinik zu unterstützen, abgesichert wird. Hier käme aus seiner Sicht z. B. der Nachweis einer Geschäftsverpflichtung zwischen AMJ und der Mutter-Kind-Kurklinik über 15 Jahre in Betracht.

Ratsherr Eilers sieht keine Veranlassung einen derartigen Nachweis von AMJ zu verlangen. Die Stadt hat ein großes Interesse am Fortbestand der Mutter-Kind-Kurklinik als eines der größten Arbeitgeber von Dangast. Insgesamt muss sich die Stadt an geschlossene Verträge halten.

Ratsherr Funke plädiert für die unternehmerische Freiheit, dazu gehört aber auch das unternehmerische Risiko. Ein Entgegenkommen im Kaufpreis für die Mutter-Kind-Kurklinik war in Ordnung, dabei war aber bei Vertragsabschluss nicht die Rede von Ferienwohnungen und Dauerwohnen. Wenn nachträglich dieses zugelassen wird, besteht eine Wertsteigerung, so dass eine Nachverhandlung des Kaufpreises notwendig ist. Dieses muss vor dem Beschluss über den Durchführungsvertrag und den Bebauungsplan erfolgen.

Ratsherr Bruns zeigt sich froh über den jetzt beschrittenen Weg. Es war ein langer Abwägungsprozess, der jetzt einen nächsten Schritt weiter zum Ziel führt. Durch die Umstrukturierung bleibt Dangast konkurrenzfähig. Die Mehrheitsgruppe hält den Weg für richtig und plädiert daher dafür, heute den Beschluss zu fassen. Zur verkehrlichen Belastung verweist Ratsherr Bruns darauf, dass bei jedem neuen Baugebiet eine zusätzliche Belastung mit Verkehr besteht, die individuell geregelt werden muss.

Ratsfrau Weikert erklärt, dass sie und Ratsfrau Papen die Bedenken der Bürger nachvollziehen können. Aus ihrer Sicht wäre es sinnvoll gewesen, zuvor ein Leitbild zu erstellen. Es gibt noch viele offene Fragen, wie z. B. die Problematik zum Wertgutachten. Es ist ihnen wichtig, dass diese Fragen vor Beschlussfassung geklärt sind. Sie werden daher den Beschlüssen nicht zustimmen. Ratsfrau Papen weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion ausdrücklich dieses unterschiedliche Abstimmungsverhalten akzeptiert.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die Kaufverträge vor Abschluss detailliert in den Gremien beraten wurden. Die Stadt muss sich an diese Verträge halten, sonst werden sie vertragsbrüchig. Die Verträge sehen eine Wertabschöp-

fungsklausel im Falle eines Weiterverkaufs vor.

Den Vorwurf der Blockade des Projektes weist stellv. Bürgermeister Chmielewski zurück. Er möchte nur auf Missstände aufmerksam machen, auch wenn die MMW insgesamt diese massive Bebauung der Fläche ablehnt.

Ratsherr Funke bestätigt, dass sich die Stadt an Verträge halten muss. Da aber zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht von Dauerwohnen und Ferienwohnungen, sondern nur von der Erweiterung der Mutter-Kind-Kurklinik die Rede war, hat sich die Grundlage verändert. Damit besteht die Notwendigkeit zu Nachverhandlungen. Ratsherr Funke ergänzt den Antrag des stellv. Bürgermeisters Chmielewski auf Nichtbefassung um einen eigenen Antrag auf Vertagung.

Der Geschäftsordnungsantrag des stellv. Bürgermeisters Chmielewski auf Nichtbefassung wird mehrheitlich (10 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltung) abgelehnt.

Der Geschäftsordnungsantrag des Ratsherrn Funke auf Vertagung wird mehrheitlich (12 Ja, 18 Nein) abgelehnt.

Auf Antrag des Ratsherrn Boyken wird zu TOP 6.3.3.1 und 6.3.3.2 einvernehmlich namentlich abgestimmt.

Beschluss:

Der dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 29.10.2015 anliegende Entwurf des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 214 wird beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 19 Nein: 11

		Ja	Nein	Enthaltung
Biebricher	Sascha	x		
Böcker	Rudolf	x		
Boyken	Heinz Peter		x	
Brumund	Dirk	x		
Bruns	Jürgen	x		
Chmielewski	Iko		x	
Eilers	Hergen	x		
Dr. Engstler	Susanne	x		
Funke	Karl-Heinz		x	
Hinz	Christoph	x		
Jackenkroll	Egbert		x	
Kickler	Jörn		x	
Köhler	Bernd	x		
Kühne	Lars			
Mahouachi	Abbes			
Meinen	Djure	x		
Müller	Alfred		x	
Nieraad	Peter	x		
Papen	Cornelia		x	
von Polenz	Dirk			
Ralle	Georg	x		

Rathkamp	Jürgen	x		
Recksiedler	Raimund	x		
Redeker	Bernd	x		
Schmidt	Sebastian	x		
Schneider	Hannelore	x		
Schuster	Ingrid		x	
Schwärmer	Steffen		x	
Dr. Seelig	Marko Alexander		x	
Vollmer	Elke	x		
Wagner	Gerd-Christian	x		
Weden	Jörg	x		
Weikert	Dorothea		x	
Summe		19	11	

6.3.3.2 Bebauungsplan Nr. 214 (Erweiterung Friesenhörn-Nordsee-Klinik) - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 199/2015

Protokollierung siehe TOP 6.3.3.1.

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 20.10.2015 anliegenden Abwägungsvorschläge (inkl. frühzeitigem Verfahren und Auslegung) werden zum Beschluss erhoben. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 214 – Erweiterung Friesenhörn-Nordsee-Klinik nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 19 Nein: 11

		Ja	Nein	Enthaltung
Biebricher	Sascha	x		
Böcker	Rudolf	x		
Boyken	Heinz Peter		x	
Brumund	Dirk	x		
Bruns	Jürgen	x		
Chmielewski	Iko		x	
Eilers	Hergen	x		
Dr. Engstler	Susanne	x		
Funke	Karl-Heinz		x	
Hinz	Christoph	x		
Jackenkroll	Egbert		x	
Kickler	Jörn		x	
Köhler	Bernd	x		
Kühne	Lars			
Mahouachi	Abbes			
Meinen	Djure	x		
Müller	Alfred		x	
Nieraad	Peter	x		

Papen	Cornelia		x	
von Polenz	Dirk			
Ralle	Georg	x		
Rathkamp	Jürgen	x		
Recksiedler	Raimund	x		
Redeker	Bernd	x		
Schmidt	Sebastian	x		
Schneider	Hannelore	x		
Schuster	Ingrid		x	
Schwärmer	Steffen		x	
Dr. Seelig	Marko Alexander		x	
Vollmer	Elke	x		
Wagner	Gerd-Christian	x		
Weden	Jörg	x		
Weikert	Dorothea		x	
Summe		19	11	

6.3.4 Anträge an den Rat der Stadt Varel

6.3.4.1 Wahl der Schiedsperson und des Stellvertreters der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Varel Vorlage: 260/2015

Wahlvorschlag für die Schiedsperson:

Herr Peter Marx wird vorbehaltlich der Bestätigung durch den Direktor des Amtsgerichts Varel mit Wirkung vom 01.03.2016 für die Dauer von 5 Jahren zur Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Varel gewählt.

Ergebnis der Wahl:

Ja: 30

Wahlvorschlag für den Stellvertreter der Schiedsperson:

Herr Stadtammann Gerriet Ostendorf wird vorbehaltlich der Bestätigung durch den Direktor des Amtsgerichts Varel mit Wirkung vom 01.03.2016 für die Dauer von 5 Jahren zum Stellvertreter der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Varel gewählt.

Ergebnis der Wahl:

Ja: 30

**6.3.4.2 Unterstützung der Hospizbewegung hier: Einrichtung eines stationären Hospizes
Vorlage: 268/2015**

Ratsherr Bruns begrüßt den Beschluss zur Unterstützung der Einrichtung eines stationären Hospizes und hofft, dass es möglichst schnell realisiert werden kann. Er dankt allen für den großen Zuspruch. Es ist eine positive Einrichtung für Varel.

Beschluss:

Der anliegenden Absichtserklärung zwischen der Stadt Varel und der Hospizbewegung Varel e. V. wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

**6.3.4.3 Antrag zur Aufnahme in das Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur hier: Hallenbad der Stadt Varel
Vorlage: 257/2015**

Beschluss:

Die Stadt Varel stellt den Antrag auf Förderung zur Sanierung des städtischen Hallenbades im Rahmen des Bundesprogrammes Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur. Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechende Anträge zu stellen.

Einstimmiger Beschluss

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

8 Anträge und Anfragen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 20:35 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)